

Im Sommer 1993 erfaßte – mit zwei Jahren Verspätung – die immer noch andauernde Weltwirtschaftskrise auch die deutsche Wirtschaft.

Brachte die Vergrößerung des Bundesgebietes den Unternehmen zunächst zusätzliche Aufträge ein und konnte damit eine Wirtschaftskrise vorerst abgewendet werden, kämpfen wir derzeit mit den Auswirkungen der tiefsten Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik: täglich neue Zahlen über eine uns schon nicht mehr erschreckende Arbeitslosenquote,

die seit der Weimarer Republik nicht mehr so hoch war; Versuche des Bundes, Kosten auf die Länder umzuschichten mit der Folge, daß besonders der Posten „Soziales“ im Haushalt der Länder und Kommunen gekürzt wird und wachsenden Belastungen der privaten Haushalte durch zusätzli-

che Steuern und Abgaben. Vor allem ImmigrantInnen und schon hier lebende AusländerInnen als vermeintlich gar nicht Berechtigte werden als untragbare Belastung angesehen; neuerdings fordert auch die SPD eine Quote für Zuzugswillige (und heizt die „Asyldebatte“ indirekt erneut mit an).

Dabei wird schon lange keine Rücksicht mehr auf bisherige Tabus genommen: Arbeitslose müssen mit Kürzungen des Arbeitslosengeldes von 3 % pro Jahr rechnen, Renten steigen nicht mehr in der Höhe der Inflationsrate (sinken also), Vorruhestands-

regelungen werden zunehmend unattraktiv gestaltet, SozialhilfeempfängerInnen müssen noch um das Wenige bangen, das ihnen schon kaum zum Überleben reicht – um, so heißt es, das Lohnabstandsgebot zu wahren.

Die Unternehmen versuchen sich zunächst soweit wie möglich „sozialverträglich“ gesund zu schrumpfen, ansonsten wird mit Konkurs gedroht – Arbeitsplatzabbau ist wieder salonfähig geworden, als Zeichen für ein aktives und progressives Management

und weil weniger Arbeitsplätze immer noch mehr sind als gar keine. Die ausgestoßenen ArbeitnehmerInnen gehören dann zum Kreis derjenigen, die durch öffentliche Gelder zu finanzieren sind – durch Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und letztlich durch Sozialhilfe – und nicht mehr den Unternehmen zur Last fallen.

Das sozialpolitische Konzept der

Regierung heißt konzeptlose Kürzung. Während unsere französischen NachbarInnen auf die Barrikaden steigen, wird hierzulande einerseits mit resigniertem Schulterzucken der Sozialabbau ertragen, andererseits greift ein härter werdender Konkurrenzkampf um Qualifikation und Behauptung auf dem Arbeitsmarkt um sich.

Das soziale Klima wird spürbar rauher. Ehe gar nichts mehr vom deutschen Sozialstaat übrig ist, hier noch schnell das dazugehörige Schwerpunktthema.

Eure Reds

